

Ein Mieter kämpft um seine Nachbarschaft	2
Die Preise steigen nicht, sie werden erhöht	4
Eine Regierung für die Reichen	6
Die Abzocktricks der Konzerne	8
Gutes Leben muss nicht teuer sein	10
Für ein bezahlbares Leben: Die Linke im Bundestag	12

Gut leben — statt über die Runden kommen

Der Einkauf im Supermarkt, die Stromrechnung im Briefkasten, die Kosten fürs Wohnen — unser tägliches Leben wird immer teurer. Und die Löhne? Reichen hinten und vorne nicht. Während einige prächtig verdienen, müssen immer mehr Menschen an allen Ecken und Enden sparen. Noch härter arbeiten, um sich gerade so über Wasser zu halten? Das kann's nicht sein. **Wir zeigen, wer profitiert, wenn der Alltag unbezahlbar wird, und wie wir uns gemeinsam mehr vom Leben zurückholen.**

Aufgeben ist keine

Wer sein Zuhause verliert, verliert nicht nur die Wohnung, sondern auch die vertraute Nachbarschaft, Erinnerungen, ein Stück von sich selbst. Matteo aus Stuttgart hat genau das erlebt: Die Siedlung, in der er fast sein ganzes Leben verbracht hat, wurde abgerissen, um Platz für teurere Neubauten zu machen. **Einfach aufgeben? Das kam für ihn nicht infrage.** Ein Ortsbesuch.



Quadratische Wohnblöcke mit bodentiefen Fenstern, akkurate Gehwege vor hohen Hecken. Es ist ein stinknormales Neubaugebiet, durch das wir an einem sonnigen Freitag streifen. Doch für Matteo ist nichts daran normal. Hier, mitten im Stuttgarter Viertel Hallschlag, hat er den Großteil seines Lebens verbracht. Inzwischen aber erinnert nichts mehr an sein früheres Zuhause. Durch den Stadtteil ist in den letzten 15 Jahren eine Abrisslawine gerollt und hat die alten Siedlungen Block für Block hinweggefegt.

Wo sich heute gesichtslose Neubauten aneinanderreihen, stand zuvor eine Siedlung aus den 20er Jahren, wie sie prägend für den Hallschlag war. Es waren vor allem Arbeiterfamilien, viele mit Einwanderungsgeschichte, die hier günstigen Wohnraum in städtischer Hand fanden – darunter auch Matteos Eltern, die als Fabrikarbeiter aus Süditalien kamen. Sie schätzten den nachbarschaftlichen Zusammenhalt, die großen Grünflächen zwischen den Mehrfamilienhäusern, mit

Platz zum Grillen, Spielen, Plauschen. »Es war wie ein Dorf«, erzählt Matteo. »Jeder kannte jeden.«

Doch dann erreichte die Stadterneuerung den Hallschlag. Eine Sanierung der Altbauten lohnte sich nicht, sagte die Wohnungsgesellschaft – wohl auch, weil die dicht an dicht stehenden Neubauten deutlich mehr Miete abwerfen. Wo zuvor um die 6 Euro pro Quadratmeter gezahlt wurden, können es nun bis zu 16 Euro sein, berichtet Matteo. Selbst der kleine Anteil an Sozialwohnungen sei deutlich teurer als zuvor. Das städtische Unternehmen kalkuliere wie ein privater Investor.

Wir erreichen den Ort, wo Matteos Familie fast 25 Jahre gelebt hat – und stehen vor einer riesigen Baugrube. Der Krater erstreckt sich über mehrere Straßenzüge, über unseren Köpfen kreisen fünf Kräne. »Hier war unsere Wohnung«, sagt Matteo, seine Stimme ist im Baulärm kaum zu hören. Über Nacht erhielten hier rund hundert Haushalte die Mitteilung, dass abgerissen werden soll. Es wurden Ersatzwohnungen angeboten, doch meist deutlich teurer, kleiner oder weitab vom Schuss. Matteos Familie hätte 1500 statt 900 Euro zahlen müssen. So hoch ist

gerade mal die Rente des Vaters. Die Eltern hatten Böden und Bäder selbst saniert, sämtliche Ersparnisse investiert. Sie wollten ihren Lebensabend hier verbringen. Schnell war klar: Aufgeben ist keine Option.

»Eigentlich war die Situation offen«, erzählt Matteo bedrückt. »Sie hätten uns nicht so einfach rausgekriegt.« Doch viele Nachbarinnen und Nachbarn kannten ihre Rechte nicht, hatten Angst und knickten nach und nach ein. Am Ende war nur Matteos Familie übrig: Sie verharrte in der Wohnung, als die Bagger anrollten, und lebte über ein Jahr lang auf der Baustelle, umgeben von Lärm und Schutt. Eine Zeit am Limit: »Permanent kommen Briefe, dann Drohungen – du hast schlaflose Nächte.« Irgendwann gaben sie auf, erhielten eine Wohnung etwas weiter draußen und nur 80 Euro teurer. Immerhin. »Aber der Preis war hoch«, sagt Matteo. Der Stress dieser Zeit steckt ihm noch immer in den Knochen.

Was Matteo passiert ist, ist keine Stuttgarter Spezialität. In vielen deutschen Städten werden Siedlungen mit einfachem Standard abgerissen, auch von kommunalen Vermietern, die mit dem Wohnraum mehr Geld verdienen wollen. Bürgerinitiativen fordern eine behutsame und soziale Sanierung, die auch die Bausubstanz erhalten und das Klima schonen würde. Doch sie setzen sich selten

Option



2



3



4

BILD 4 Ein Päuschen auf der Bank, ein Plausch im Vorübergehen – für Matteo war die Nachbarschaft immer ein zweites Zuhause.

BILD 5 Begegnungs-orte in einer der alten Siedlungen im Hallschlag. Wer hier sitzt, bleibt nicht lange allein.



5

BILD 1 (von links nach rechts) Wo die alte Siedlung stand, klafft ein riesiges Loch. Die Häuser im Hintergrund könnten als Nächstes dran sein.

BILD 2 »Wohnungen sind nicht dazu da, Geld zu machen«, meint Matteo. Doch es fehlen die Gesetze, die das verhindern.

BILD 3 Michael steht auf der Leiter, Matteo zieht das Transparent gerade. Schon von weitem sticht das Linkseck in Bad Cannstatt ins Auge.

durch – auch weil es um Menschen geht, die keine Lobby haben.

Der Hallschlag hatte ein schlechtes Image, galt als »Problemviertel« mit hoher Armut und Arbeitslosigkeit. Matteo, der heute als Informatiker bei einem Autozulieferer arbeitet, musste hart für seinen Bildungsaufstieg kämpfen. Den Hallschlag aufwerten und »sozial durchmischen« – was gut klingen mag, fegt die Menschen beiseite, die hier seit Jahrzehnten leben, und zerstreut sie in alle Winde. »Man fühlt sich enturzelt«, den Satz sagt Matteo an diesem Nachmittag mehrmals.

Seine Geschichte ist nur eine von vielen in Stuttgart. Die Mieten in der Stadt sind in den letzten zwölf Jahren um über 60 Prozent gestiegen. Immer mehr Menschen verlassen die Innenstadt, weil sie keine bezahlbare Wohnung finden. Das spüren wir am Abend, als wir Matteo zu einer Mieterversammlung im nahegelegenen Bad Cannstatt begleiten.

Aktive der Linken klingelten im letzten Jahr an seiner Tür, der letzten Tür der Siedlung, und kamen mit ihm ins Gespräch. Nun erzählt er im Nachbarschaftstreff Linkseck bei Kaffee, Tee und Käsekuchen seine Geschichte. Alle hier spüren den Mietennotstand, viele berichten von Angst, Druck, Stress, fühlen sich alleingelassen. Hier teilen sie ihre Probleme, ihre Wut, erfahren Zuspruch und Beratung. Ein Stück der Nachbarschaft, die Matteo verloren hat, ist spürbar. Zu merken, dass man nicht allein kämpft, gibt Kraft. »Uns wird die Würde ge-

So machen wir das Wohnen bezahlbar



Mietendeckel statt Miet-Abzocke: Wir frieren die Mieten für sechs Jahre ein, deckeln Neuvermietungen und senken überhöhte Mieten konsequent ab.



Sozial bauen wie in Wien: Wir investieren jährlich 20 Milliarden Euro in den öffentlichen Wohnungsbau – für günstige Wohnungen, die auch dauerhaft günstig bleiben. Damit Wohnraum für die Menschen da ist und nicht für Profite, stärken wir die Gemeinnützigkeit der öffentlichen Wohnungsunternehmen.



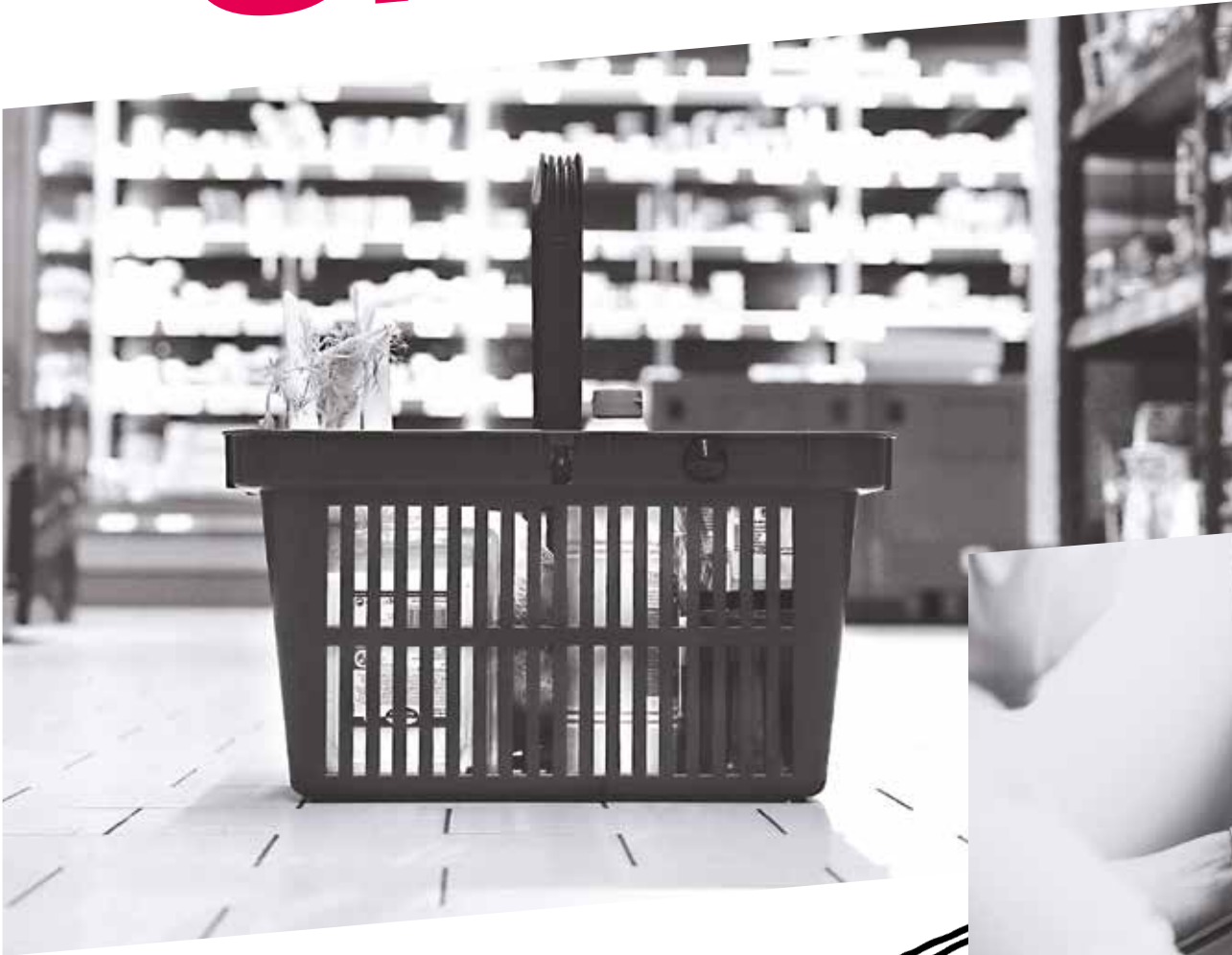
Sanieren statt abreißen: Wir fordern einen Abriss-Stopp für bezahlbaren Wohnraum und mehr Geld für ökologische Modernisierungen, ohne Mieterhöhungen. Um mehr Wohnraum zu schaffen, wollen wir leerstehende Büros umnutzen.

nommen: Immer musst du betteln und bitten und irgendein Schlupfloch finden. Aber Wohnen ist ein Recht«, sagt Matteo. Er hatte wenigstens ein städtisches Unternehmen als Gegenüber. Bei den privaten Konzernen ist der Profitdruck noch größer, die Verdrängung brutaler. Für Matteo liegt der Fehler im System: »Leider schützen uns die Gesetze nicht. Die müssten ganz klar regeln, dass die Wohnungen für uns da sind und nicht dafür, Geld zu machen.« Das zu erkämpfen ist jedoch mühsam: »Viele glauben nicht mehr, dass man was ändern kann. Und dass es sich lohnt, was zu riskieren.«

Michael, der das Treffen mitorganisiert hat, berichtet von Erfolgen: An vielen Orten konnten Mieterinnen und Mieter illegale Mieterhöhungen und Heizkostenabrechnungen großer Wohnkonzerne zurückweisen. Zwar hatten sie das Recht auf ihrer Seite. Doch das hätte nichts genutzt, wären sie nicht von Tür zu Tür gegangen, hätten sich zusammengeschlossen und ihre Rechte eingeklagt, teils sogar erstreikt. »Menschen sind bereit, für ihr Zuhause alles zu geben und zu riskieren«, sagt Michael. »Aber sie können nur erfolgreich sein, wenn sie viele sind.« Am Ende ist die Stimmung im Linkseck gelöst. Aus der Ohnmacht ist ein kleines Stück Hoffnung geworden: Es muss nicht immer schlechter werden. Wir können uns Euro für Euro, Wohnung für Wohnung zurückholen. Nicht als Einzelkämpfer, sondern gemeinsam. ●

Text: Hannah Schurian | Fotos: Jennifer Marke

Sie sahnen ab,



Während immer mehr Menschen beim Essen sparen müssen und die Kosten für Heizen und Strom durch die Decke gehen, streichen Supermarkt-Riesen und Energie-Giganten satte Gewinne ein. Das zeigt: **Die Preise steigen nicht. Sie werden erhöht – und zwar von denen, die daran verdienen.**



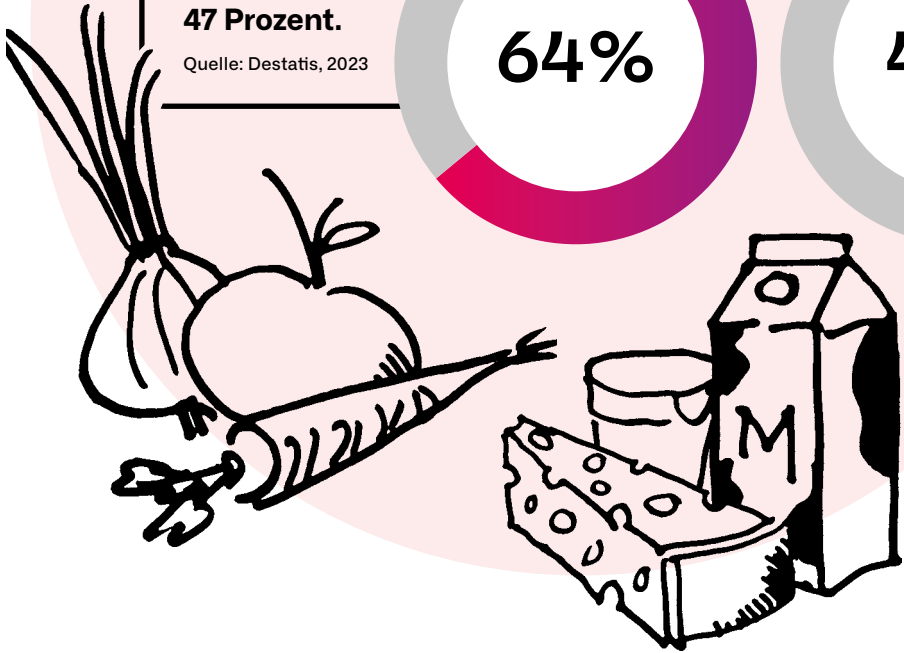
Die Ärmsten geben am meisten aus

Menschen mit kleinen Einkommen geben **über 64 Prozent** von ihrem Haushaltseinkommen für Lebensmittel und Wohnkosten aus, Menschen mit hohen Einkommen hingegen nur **47 Prozent**.

Quelle: Destatis, 2023

64%

47%



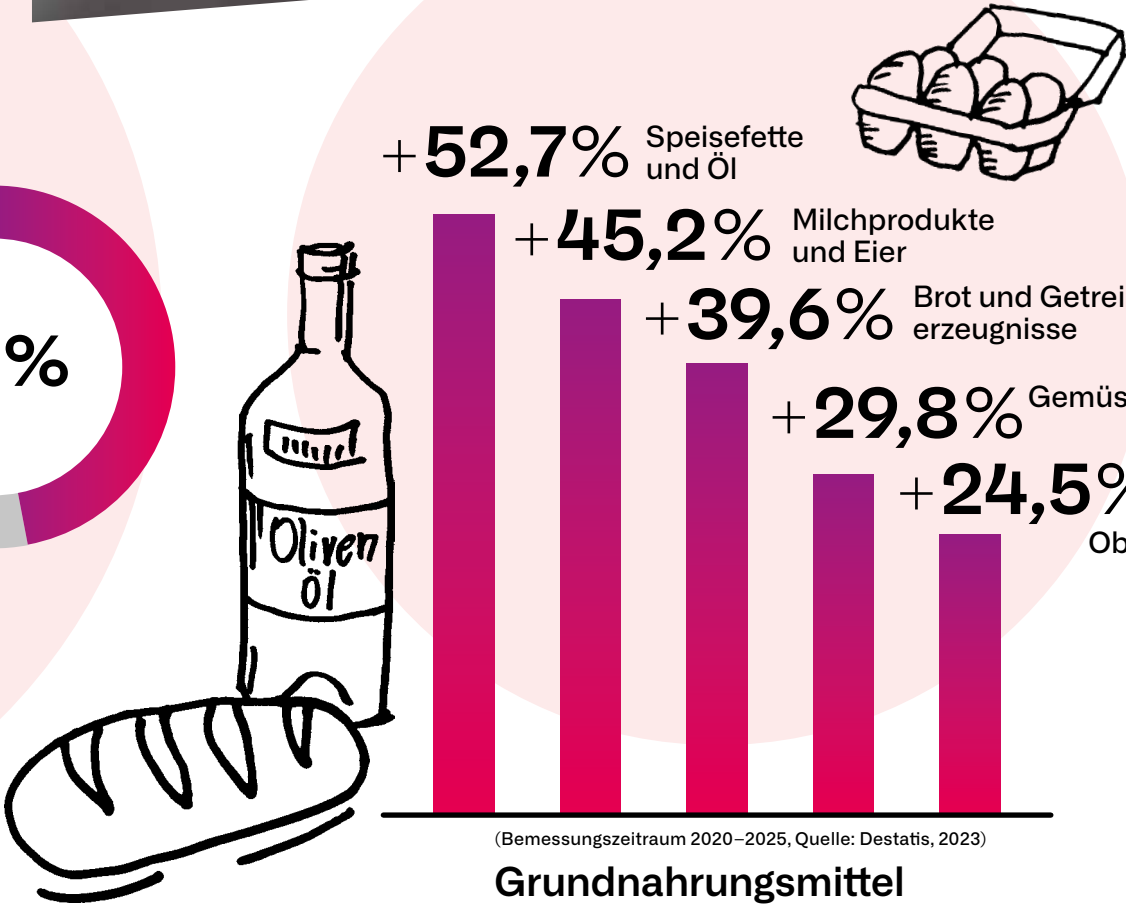
+52,7% Speisefette und Öl

+45,2% Milchprodukte und Eier

+39,6% Brot und Getreideerzeugnisse

+29,8% Gemüse

+24,5% Obst



(Bemessungszeitraum 2020–2025, Quelle: Destatis, 2023)

Grundnahrungsmittel werden immer teurer

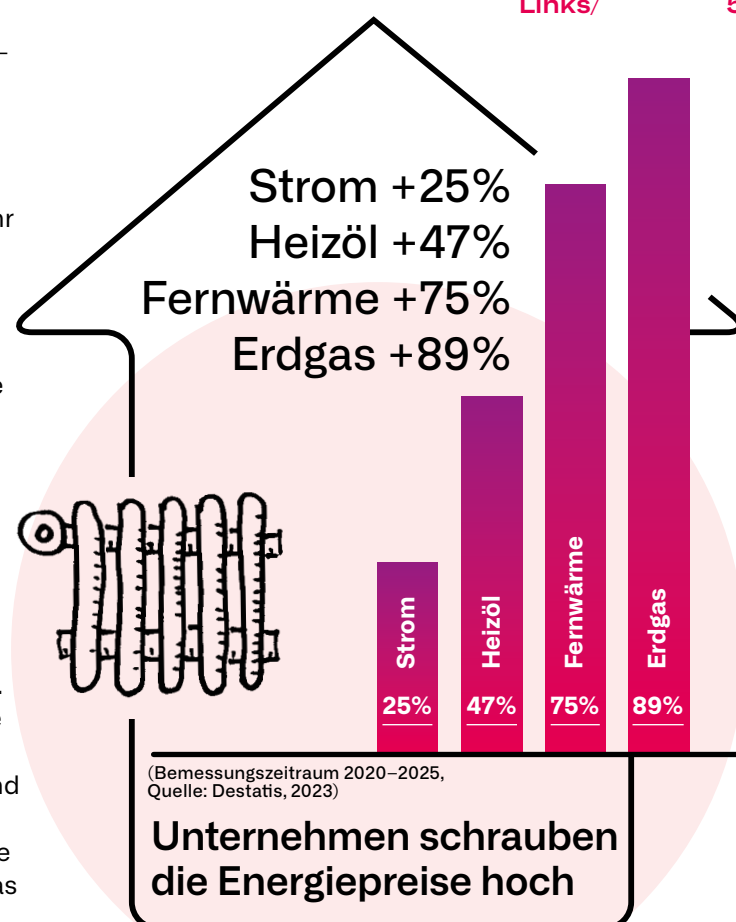
Ob im Supermarkt oder bei den Heizkosten – die Preise schießen in die Höhe, die Löhne nicht. Wer wenig hat, zahlt am Ende am meisten: Denn für Grundbedürfnisse, auf die niemand verzichten kann, müssen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen anteilig deutlich mehr ausgeben als Gutverdienende.

Die Preisexplosion der letzten Jahre wird oft als unvermeidliche Folge von Inflation, Krieg und Pandemie verkauft. Doch was Millionen von Menschen im Alltag als Bezahlbarkeitskrise erleben, nutzen große Konzerne aus, um die Preise schamlos zu erhöhen und ihre Gewinne zu maximieren.

Preisschock an der Kasse

Lebensmittel sind heute um 37 Prozent teurer als 2020. Heißt also: Ein Wocheneinkauf, der früher mal 100 Euro kostete, schlägt jetzt mit 137 Euro zu Buche. Besonders perfide: Nicht die Markenprodukte, sondern die günstigen Eigenmarken wurden am stärksten verteuert. Das trifft diejenigen am härtesten, die auf preisgünstige Alternativen angewiesen sind – also Seniorinnen und Senioren mit kleiner Rente, Alleinerziehende, Azubis und alle mit niedrigen Löhnen. Selbst die billigsten Lebensmittel sind nicht mehr erschwinglich. Eine ausgewogene Ernährung können sich viele kaum mehr leisten. Und das in einem der reichsten Länder der Welt.

Zufall ist das nicht. Denn vier Supermarkt-Riesen – Edeka, die Schwarz-Gruppe hinter Lidl und Kaufland,



wir zahlen drauf

Aldi und Rewe – teilen den Lebensmittelmarkt weitgehend unter sich auf. Ihre Marktmacht ist so gewaltig, dass inzwischen sogar die Monopolkommission Alarm schlägt. Wer den Markt derart dominiert, der bestimmt, wie tief wir alle in die Tasche greifen müssen.

Und während die einen jeden Cent umdrehen, steigen am anderen Ende die Profite. Edeka – der Spitzenreiter unter den Supermarktketten – vermeldet die höchsten Gewinne in seiner 118-jährigen Geschichte. Und auch Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, hat sein Privatvermögen in den letzten Jahren verdoppelt und ist heute der mit Abstand reichste Multimilliardär Deutschlands.

Wenn Heizen zum Luxus wird

Bei den Energiepreisen sieht es ähnlich aus: Heizen ist heute deutlich teurer als noch im Jahr 2020. So reichten vor fünf Jahren im Schnitt 1220 Euro aus, um ein Einfamilienhaus ein Jahr lang mit Gas zu beheizen. Heute liegen die Kosten bei 2 272 Euro – das ist ein Plus von 86 Prozent. Die Preise sind so hoch, dass inzwischen jeder vierte Haushalt von Energiearmut betroffen ist.

Während die einen frieren, verdienen sich die anderen eine goldene Nase. E.on, einer der größten Energiekonzerne Deutschlands, hat seinen Gewinn allein im Jahr 2025 um 18 Prozent gesteigert. Gleichzeitig müssen Energieversorger nicht einmal nachweisen, ob ihre Preiserhöhungen überhaupt gerechtfertigt sind. Besonders extrem ist es bei der Fernwärme, die das Heizen eigentlich günstig und nachhaltig machen sollte, aber zur Kostenfalle geworden ist. Fernwärmeversorger kassieren so dreist ab, dass gegen E.on und Hansewerk Natur gerade Sammelklagen laufen – wegen illegal überhöhter Preise.

Schluss mit dem Preiswahnsinn

Wir alle müssen unsere Wohnungen beheizen, brauchen Warmwasser, Strom und Lebensmittel. Verzicht ist keine Option: Verteuerungen führen dazu, dass Menschen in ihren Wohnungen frieren und sich schlecht ernähren.

Fakt ist: Preise steigen nicht wie der Meeresspiegel. Sie werden erhöht – und zwar von Unternehmen, die das tun können, weil sie niemand daran hindert. Die Preiskrise, die wir gerade erleben, ist das Ergebnis einer Politik, die sich zurücklehnt, statt einzugreifen: Die Regierung schaut zu, wie Konzerne ihre Macht ausnutzen, um uns bis aufs Letzte auszupressen. Es ist Zeit, diesen Preiswahnsinn zu beenden – damit nicht die Ärmsten den Preis für die Profite der Reichsten zahlen. ●

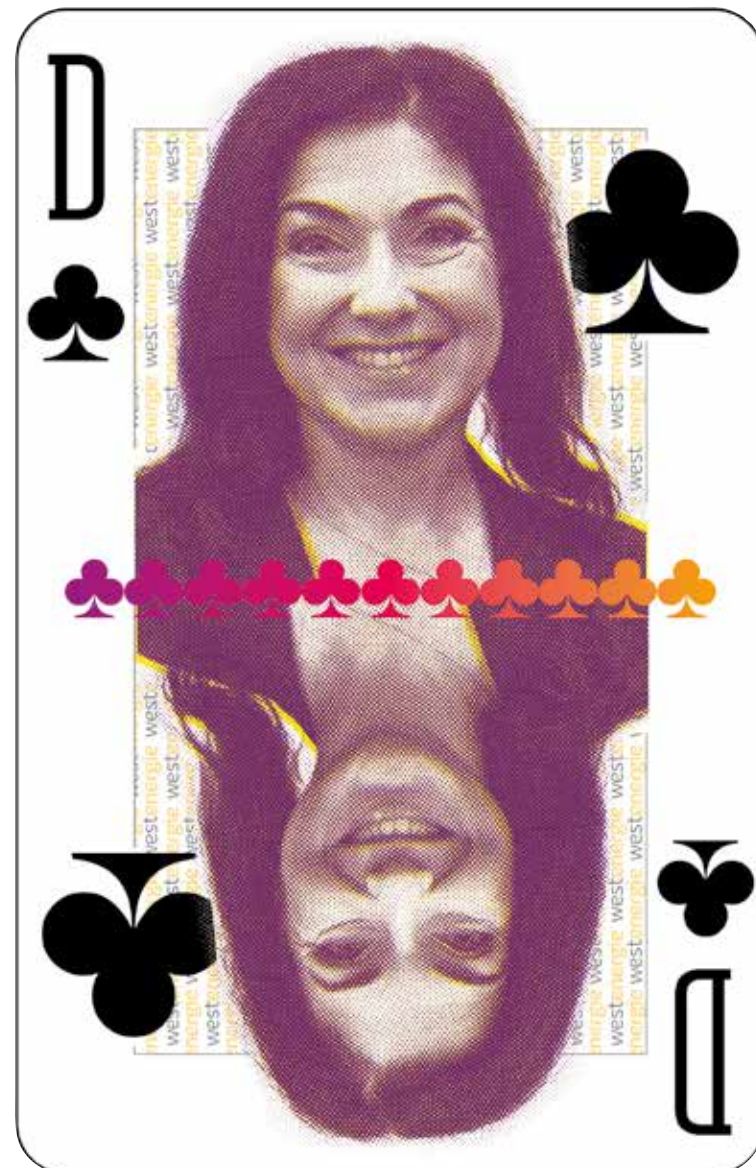
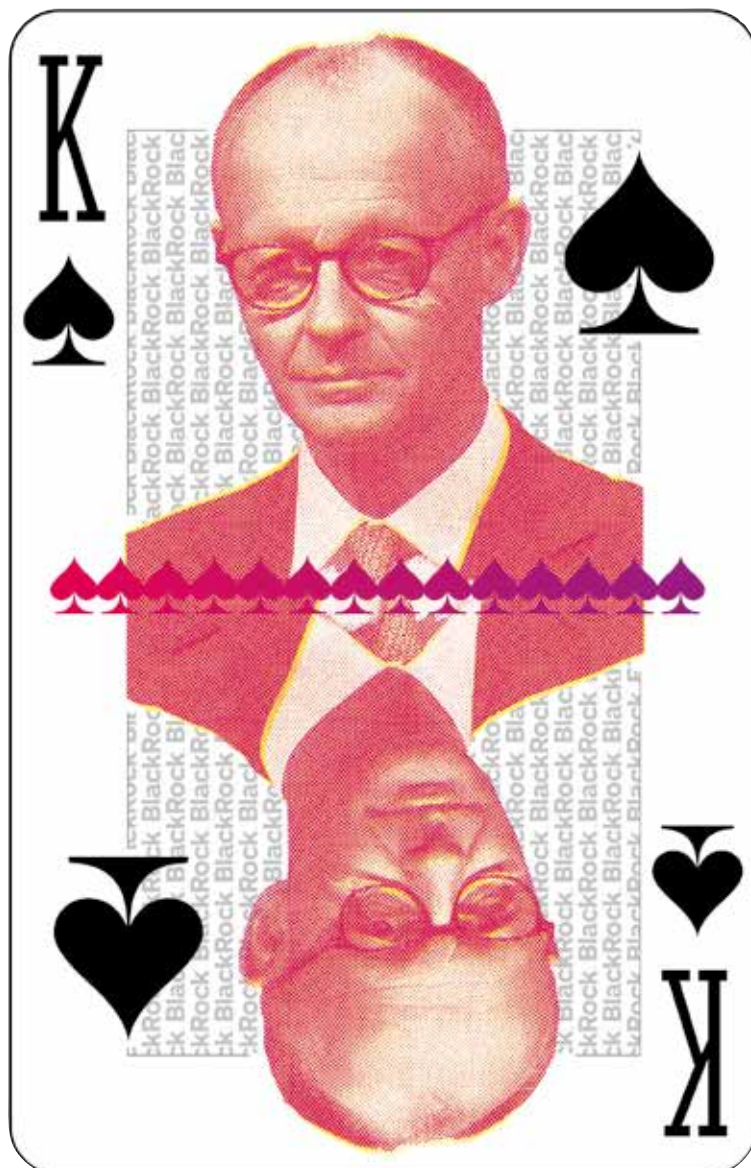
Text: Astrid Zimmermann

Unser Fahrplan für einen Alltag, den wir uns leisten können

- ✓ **Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Co.? Weg damit!** Lebensmittel, Hygieneartikel und Mobilität werden direkt günstiger.
- ✓ **Energiepreise zu hoch? Deckel drauf!** Wir werden Strom und Heizenergie über preisgünstige **Sockeltarife** bezahlbar für alle machen.
- ✓ **Dreisten Verteuerungen den Riegel vorschieben:** Wir fordern ein **Anti-Abzock-Amt**, damit Konzerne keinen Freifahrtschein für Abzocke haben.

Schlechte Karten für die

Jede Runde ein neuer Angriff auf die arbeitenden Menschen – mit Merz, Reiche und Klingbeil hat die breite Mehrheit ein ganz mieses Blatt. Denn diese Regierung spielt Großkonzernen und Superreichen in die Hände. Höchste Zeit, die Karten neu zu mischen!



Kanzler der sozialen Kälte

Das Verkehrsmittel des Mittelstands? Wenn es nach Kanzler Merz geht, ist es das Privatflugzeug. Merz zählt sich selbst zur Mittelschicht, ist sich aber zu fein fürs Bahnfahren und schwebt im wahrsten Sinne des Wortes abgehoben über den realen Lebensverhältnissen. Im Flieger sitzen und den Leuten erklären, sie müssten härter arbeiten und mit weniger sozialer Absicherung auskommen – das ist nur konsequent, wenn man selbst von ganz oben auf die Welt schaut. Den Sozialstaat wiederum hält der Blackrock-Kanzler für verzichtbaren Luxus. »Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse«, findet er. Wer genau nochmal? Der Krankenpfleger, der Doppelschichten schiebt? Die Allein-erziehende, die Job und Kinderbetreuung jongliert?

Friedrich Merz, der Mann, der beim Amtsantritt versprach, Deutschlands Wirtschaft auf Vordermann zu bringen, hat tatsächlich geliefert – und zwar für alle, die ohnehin viel haben. Die erste Amtshandlung des Kanzlers der Vorstandsetagen? Ein »Wirtschaftsbooster«, zu Deutsch: teure Steuergeschenke für Großunternehmen. Für die Gesamtwirtschaft ist das ungefähr so belebend wie ein Kamillentee im Nachmittagstief. Wenn das Aufschwung sein soll, will man nicht wissen, was Merz unter Flaute versteht. ●

Lobby-Ministerin der Superreichen

Katherina Reiche hat richtig enge Freunde. Zwischen die Wirtschaftsministerin und die großen Konzerne passt kein Blatt Papier. Während andere verschämt durch die »Drehtür« zwischen Konzern-Etage und politischem Amt huschen, macht Reiche die Verschmelzung von Politik und Lobbyismus selbstbewusst zu ihrem Markenzeichen. Als »Gas-Ministerin« erzählt sie 1:1 das Gleiche wie zuvor im Vorstand einer E.on-Tochtergesellschaft. Unterdessen berät ihr Ministerium stinkreiche Unternehmer, wie sie ihre Steuern noch kleiner rechnen können.

Das Erfolgsrezept heißt Schamlosigkeit. Reiche spricht nüchtern aus, was andere hübsch verpacken, und bläst zum Angriff auf alles, was Großkonzerne und Wirtschaftseliten in ihrer Entfaltung behindert. Dabei setzt sie klare Prioritäten: Dass ganze Industriezweige in die Krise rutschen, lässt die Ministerin kalt. Sie hat allein die »Dekadenz« arbeitender Menschen im Visier: Die schufteten zu wenig, wollen zu früh in Rente gehen, suchen Schutz vor Kündigungen, und dann wollen sie auch noch niedrige Strompreise.

Für Reiche kann der Arbeitstag nicht lang genug, das Renteneintrittsalter nicht hoch genug und die Sanktionen bei der Grundsicherung nicht hart genug sein. Hasst Katherina Reiche arbeitende und arme Menschen? Nein, sie steht einfach konsequent an der Seite ihrer Freunde. Aus der CDU heißt es lapidar: »Reiche ist keine Menschenfängerin, sondern das marktwirtschaftliche Gewissen der Koalition.« Präziser kann man kaum beschreiben, wo ihre Loyalitäten liegen: Erst kommt der Markt, dann kommen die Menschen. ●

Mehrheit



Bruchpilot im Höhenflug

Wenn Misserfolg eine Karriere nicht beendet, sondern begünstigt, nennt man das wohl den »Klingbeil-Effekt«. Nachdem die SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1887 eingefahren hatte, krönte sich ihr Vorsitzender auf den Trümmern der Niederlage kurzerhand selbst zum mächtigsten Sozialdemokraten der Republik.

Sein Mentor? Gehard Schröder. Richtig, der Typ, dem wir das brachialste sozialdemokratische Verbrechen der letzten Dekaden zu verdanken haben: Hartz IV. Sein politischer Ziehsohn führt die Politik der sozialen Abrissbirne jetzt konsequent fort. Das Finanzministerium will Klingbeil zum »Investitionsministerium« machen. Aha. So nennt man das also, wenn man Steuergeschenke an Großkonzerne in Milliardenhöhe raushaut und gleichzeitig den Sozialstaat kaputtspart – der sei so eben nicht mehr »bezahlbar«. Oben großzügig austeilen, unten knallhart kürzen – das kennt man aus den Schröder-Jahren. Kein Wunder, dass der Altkanzler Klingbeils Kurs als »mutig« lobt. ●

Wem sie's geben ...

Rechnung #1:

Der »Investitionsbooster« ist ein fettes Geschenk an große Konzerne: Bis 2029 reißt er ein Loch von rund 46 Milliarden Euro in die Staatskasse.

Rechnung #2:

Das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft dürfen sich ab diesem Jahr über eine Senkung der Stromsteuer freuen. Vor allem für große Unternehmen wird Strom damit günstiger.

Rechnung #3:

Für die Verteidigung gilt die Schuldenbremse nicht mehr. Heißt im Klartext: Um aufzurüsten, dürfen ab jetzt unbegrenzt Schulden gemacht werden.

Rechnung #4:

Die Regierung sägt am 8-Stunden-Tag: Arbeitgeber können uns noch flexibler einsetzen. Bis zu 13 Stunden am Tag zu schuften wäre legal.

Wem sie's nehmen ...

Rechnung #1:

Die Verschärfungen bei der Grundsicherung werden viele Menschen in Armut und Obdachlosigkeit treiben. Und wofür? Der Staat spart so bis 2029 gerade einmal 136 Millionen Euro ein.*

*Zur Erinnerung: Bundeskanzler Merz hatte ursprünglich von Einsparungen in Höhe von 5 Milliarden pro Jahr fabuliert.

Rechnung #2:

Keine Entlastung für die Bevölkerung: Die versprochene Stromsteuersenkung für alle kommt nicht. Für uns bleibt der Strompreis hoch.

Rechnung #3:

Für die Infrastruktur gibt es 500 Milliarden Euro. Klingt großzügig, aber: Die Kommunen bekommen gerade einmal ein Fünftel davon. Dabei beträgt dort der Investitionsstau rund 215 Milliarden Euro. Brücken bröckeln, Krankenhäuser schließen, der Bus fährt zu selten – aber das Budget ist gedeckelt.

Rechnung #4:

Mit Arbeitstagen von bis zu 13 Stunden wird der Alltag weniger planbar. Freizeit, Familie und Erholung bleiben auf der Strecke.

+++ Das große Plus +++ Das große Plus +++ Das große Plus +++

Wo viel zu holen ist, greift die Regierung nicht zu: Das konsequente Ahnden von Steuerhinterziehung, vor allem großer Unternehmen, würde schätzungsweise 200 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen pro Jahr bedeuten!

Eine Steuer für Superreiche könnte pro Jahr mindestens 100 Milliarden Euro einbringen. Betroffen wäre nur ein winziger Teil der Bevölkerung – die obersten 1,9 Prozent, die oft gar nicht arbeiten müssen, sondern von ihren Aktien gewinnen leben.
Mehr Infos unter: vermoeensteuer-studie.de

+++ Das große Plus +++ Das große Plus +++ Das große Plus +++

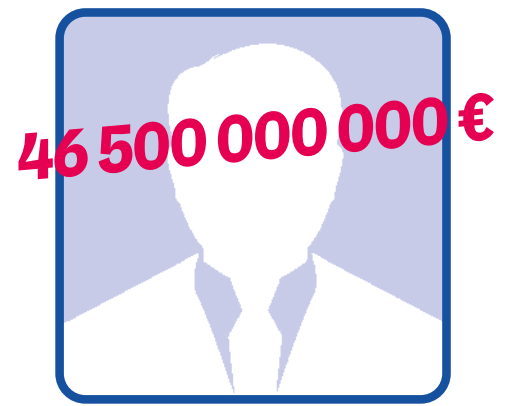
Abgezockt!

So mies sind die Tricks der Konzerne



Lidl belohnt sich

Mit astronomischen 46,5 Milliarden Euro ist Dieter Schwarz der reichste Deutsche. Seine Schwarz-Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören, teilt zusammen mit den anderen Supermarkt-Riesen Edeka, Aldi und Rewe fast den kompletten Einzelhandel unter sich auf. Durch ihre Marktmacht können sie die Preise diktieren und Lebensmittelproduzenten und Kundschaft gleichermaßen abzocken.



Kaum jemand weiß, wie Lidl-Gründer Dieter Schwarz aussieht. Bekannt ist vor allem sein unfassbares Vermögen.

1 Preise erhöhen – einfach weil man es kann

Nahrungsmittel sind in den letzten fünf Jahren 37 Prozent teurer geworden. Bei Olivenöl waren es sogar 60 Prozent, bei Milchprodukten 50 Prozent und bei Schokolade 70 Prozent. Das ist mit steigenden Energie- und Rohstoffpreisen nicht mehr zu erklären. Lebensmittel- und Supermarktkonzerne treiben die Preise willkürlich nach oben und streichen Extra-Profite ein. So war Sonnenblumenöl zwischenzeitlich 270 Prozent teurer, obwohl der Weltmarktpreis nur um 60 Prozent stieg. Die Differenz stecken sich die Konzerne in die eigene Tasche.

2 Verdeckte Abzocke

Discounter wie Lidl verkaufen das Image, besonders günstig zu sein. In einer großen PR-Aktion versprach Lidl 2025, die Preise von 500 Produkten dauerhaft zu senken. Doch nach einem halben Jahr waren sie im Schnitt sogar um 4 Prozent höher. Gerade die günstigen Eigenmarken von Lidl und Co. verteuern sich momentan am schnellsten. Bei Grundnahrungsmitteln wie Nudeln, Reis, Käse, Joghurt ist der Preisanstieg bei Billigprodukten fast doppelt so hoch wie bei Markenprodukten.

3 Landwirte erpressen, Beschäftigte ausbeuten

Im Jahr 2014 kostete 1 Liter Milch 70 Cent, 40 Cent davon gingen an die Landwirtinnen und Landwirte. Neun Jahre später, 2023, kostet 1 Liter 1,05 Euro, doch die Erzeuger bekommen nach wie vor nur 40 Cent. Das zeigt: Lidl und Co. sahen an der Supermarktkasse ab und treiben gerade die kleinen Erzeuger in den Ruin. Nicht nur die Menschen in der Landwirtschaft, auch die Beschäftigten in der Lebensmittelproduktion und die Angestellten in Supermärkten leiden unter Stress, fehlendem Arbeitsschutz und Niedriglöhnen. Sie erwirtschaften das Geld für Dieter Schwarz – doch eine Verkäuferin bei Lidl müsste 1,5 Millionen Jahre arbeiten, um sein Vermögen zu verdienen.

4 Einflussnahme für die Superreichen

Dieter Schwarz scheut die Scheinwerfer, nutzt aber geschickt seine politische Macht. Die Schwarz-Gruppe sponsert die Stiftung Familienunternehmen, die faktisch nur Großkonzerne vertritt. Mit massiver Lobbyarbeit trug sie zuletzt dazu bei, ein Steuerschlupfloch für superreiche Erben durchzusetzen. Dadurch gehen dem Staat jährlich Milliarden durch die Lappen. ●

Text: Hannah Schurian



Lidl präsentiert sich als Option für den kleinen Geldbeutel, aber erhöht ständig die Preise.



Betrug als Geschäftsmodell?

Große Immobilienkonzerne besitzen Hunderttausende Wohnungen und kassieren Jahr für Jahr höhere Gewinne auf dem Rücken der Mieter. Bei **Vonovia, Europas größtem Wohnkonzern**, gehen von jedem Euro fast 30 Cent direkt an die Aktionäre. Um die Mieterschaft auszupressen, setzt der Konzern auf fragwürdige Methoden.

1 Mit Lügen zur Mieterhöhung

Um illegal die Mieten zu erhöhen, erfindet Vonovia »wohnwerterhöhende Merkmale«, die es nicht gibt – von der guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr bis hin zum Waschmaschinenanschluss. Das Kalkül: Es gibt genug Menschen, die aus Angst zahlen, spätestens dann, wenn man ihnen mit einer Klage droht. Ein paar verlorene Prozesse fallen für den Großkonzern dagegen nicht ins Gewicht.

2 Abzocke bei den Nebenkosten

Heizkosten-Nachzahlungen von Tausenden Euro – das hat bei Vonovia System. Denn die Unternehmen der Wärmeversorgung gehören Vonovia in Teilen selbst. Bei der Fernwärme können sie Höchstpreise verlangen, die nichts mit den realen Kosten zu tun haben. So kassiert Vonovia indirekt mit ab, wenn die Heizkosten explodieren. Auch Hausmeisterdienste und Gartenpflege lässt Vonovia von Tochterunternehmen günstig erbringen. So lässt sich kaum prüfen, ob die Leistungen auf der Betriebskostenrechnung korrekt beziffert wurden – oder Vonovia sich bereichert.

3 Big Brother im Rauchmelder

Vonovia spioniert seine Wohnungen aus: durch die flächendeckende Installation sogenannter smarter Rauchmelder, die auch messen können, ob genug gelüftet oder geheizt wurde. Bezahlen sollen die Mieterinnen und Mieter die Geräte selbst – obwohl das die Pflicht der Vermieter ist.

4 Legalster Steuerbetrug

Fast alle Vonovia-Wohnungen wurden einst mit öffentlichem Geld gebaut. Um ihre leeren Kassen zu füllen, haben Städte und Kommunen sie billig an den Konzern verkauft. Zudem zahlt das Unternehmen auf seine Käufe fast keine Steuern. Durch ein Steuerschlupfloch, einen sogenannten Share Deal, konnte Vonovia etwa in Berlin 116 000 Wohnungen kaufen, ohne einen Cent Steuern zu zahlen. Der Stadt entging 1 Milliarde Euro Grunderwerbsteuer. ●

Text: Philipp Möller



Der Wohnungskonzern Vonovia hat einen Jahresumsatz von fast 5 Milliarden Euro.

So holen wir uns das Geld zurück

→ Heizkosten-Abzocke? Abgewehrt!

Bei einem bundesweiten Heizkosten-Check war von Tausenden Abrechnungen etwa jede vierte fehlerhaft. Fehlen etwa die vorgegebenen Wärmemengenzähler, darf man die Rechnung pauschal um 15 Prozent kürzen. Doch wer sein Geld zurückwill, muss das wissen und aktiv widersprechen. Das geht am besten gemeinsam. In Dresden-Pieschen etwa rechnete Vonovia 193 Wohnungen falsch ab, **doch die Nachbarinnen und Nachbarn taten sich zusammen und legten Widerspruch ein**. Mit Erfolg: Im Schnitt ergaben sich Rückzahlungsforderungen von 150 Euro pro Wohnung. Vonovia schuldet den Mieterinnen und Mietern dort inzwischen rund 30 000 zu viel gezahlte Euro. Ähnliche Fälle gab es in Kiel, Leipzig, München und Berlin.

→ Illegale Mieten? Nicht mit uns!

Dreiste Vermieter verlangen oft mehr Miete als erlaubt. In Berlin verstößt fast die Hälfte aller Mietwohnungsangebote gegen die Mietpreisbremse, rund ein Drittel ist sogar illegaler Mietwucher. Doch weil die Wohnungsämter unterbesetzt sind und die Rechtsprechung kompliziert ist, wird das selten geahndet. **Mit der von der Linksfraktion im Bundestag bereitgestellten App gegen Mietwucher können Mieterinnen und Mieter in 27 Städten prüfen, ob ihre Miete zu hoch ist, und illegale Mieten direkt melden**. Allein in Berlin gab es im letzten Jahr mehr als 65 000 Verdachtsfälle, rund 4 000 wurden an die Wohnungsämter gemeldet. Kürzlich musste eine Vermieterin in Berlin-Friedrichshain fast 50 000 Euro Strafe zahlen, weil sie fast das Dreifache der zulässigen Miete verlangt hatte. Die Mieterin erhält 22 000 Euro zurück. Inzwischen gibt es 40 neue Stellen in Berliner Wohnungsämtern, um Mietwucher zu verfolgen. Das zeigt: Kämpfen lohnt sich.



mietwucher.app/de



Die Glücksform

Die Kosten sind niedrig, die Lebensqualität ist hoch – so könnte man die Wiener Wohnanlage Alterlaa beschreiben. Entworfen hat sie der Architekt Harry Glück. Und sein Name ist Programm: Umfragen zufolge findet man hier die zufriedensten Einwohner Wiens. **Was macht die Menschen hier so glücklich?** Wir sind nach Alterlaa gefahren, um das herauszufinden.



OBEN/MITTE Elisabeths Wohnung steckt voller Erinnerungen, die diesen Ort zu einem Zuhause für ein ganzes Leben machen.

RECHTS Alles ist durchdacht: Die Pools sind nicht nur zum Schwimmen da, sondern dienen auch als Löschwasserbecken für den Brandfall.



Schon von der U-Bahn aus sind sie zu sehen: die imposanten Wohntürme von Alterlaa. In den 70er Jahren erbaut, erscheinen sie noch immer futuristisch. Zwischen den Gebäuden erstreckt sich ein weitläufiger Park. Das

Grün der Rasenflächen setzt sich in den ersten zwölf Stockwerken fort, deren Terrassen mit Büschen und Bäumen bepflanzt sind und wie hängende Gärten wirken. Dass es sich um soziale Wohnbauten handelt, würden wohl die wenigsten vermuten. Die Wahrzeichen von Alterlaa befinden sich auf dem Dach: insgesamt sieben Swimmingpools in 70 Metern Höhe. Mit spektakulärem Blick auf Wien und die Alpen können die Bewohnerinnen und Bewohner dort schwimmen, sich auf der Dachterrasse sonnen oder einfach entspannen. Mehrere Hallenbäder und über 20 Saunaeinrichtungen bieten auch bei Kälte Erholung.

Einer der zufriedenen Anwohner ist Michael, der seit seiner Kindheit hier lebt.

Wir treffen ihn vor dem Supermarkt im angrenzenden Einkaufszentrum. Wirklich alles, was man zum Leben braucht, hat man in Alterlaa direkt vor der Haustür: Kindergärten, Schulen, Ärztezentren und sogar Tennishallen. Als Michaels Mutter Elisabeth, die ebenfalls hier wohnt, neulich starke Rückenschmerzen plagten, ging sie kurzerhand im Bademantel in die Praxis rüber – so nah ist hier alles. Ob er je daran gedacht hat, wegzuziehen? »Das ist nie ein Thema gewesen«, sagt Michael. Verständlich: Rund 9 Euro warm zahlt man hier pro Quadratmeter. Eine 100-Quadratmeter-Wohnung mit Poolzugang kostet also etwa 900 Euro. In deutschen Großstädten wie München bekommt man heute keine Wohnung mehr für weniger als 20 Euro pro Quadratmeter – zuzüglich Nebenkosten.

Elisabeth empfängt uns in ihrer großzügigen Wohnung, die sich über zwei Stockwerke erstreckt. Die Rentnerin gehört zu den Erstbewohnerinnen der Anlage und zog 1978 mit ihrem Mann und den kleinen Kindern ein. Dass wir uns in einem Hochhaus und noch dazu in einem sozialen Wohnbau befinden,



el



OBEN Seine hohe Lebensqualität verdankt Alterlaa nicht zuletzt dem Einsatz von Mitarbeitern wie Stefan, die sich sorgsam um die Instandhaltung kümmern.

RECHTS Raumwunder: In Elisabeths geräumiger Wohnung fühlt man sich wie im gemütlichen Häuschen.



Betonburgen, oft am Rande der Stadt. Alterlaa ist anders. Es ist ein lebendiger Ort, mit dem sich die Menschen identifizieren. »Unser Herz gehört Alterlaa«, prangt auf dem Titel einer von Mieterinnen und Mietern gegründeten Zeitung, die über das Leben hier berichtet.

ist schnell vergessen, als wir bei einer Tasse Kaffee im liebevoll eingerichteten Wohnzimmer sitzen und auf die 40 Quadratmeter große Terrasse blicken. »Im Sommer stellen wir da ein Planschbecken für die Enkel hin«, sagt sie. Ein Einfamilienhaus mit Zugang zu Natur, Nähe zum Wasser und zu Gemeinschaft bei gleichzeitig größtmöglicher Privatsphäre – das sei für viele Menschen noch immer die ideale Art zu leben, sagte der Architekt Harry Glück mal in einem Interview. Nur erschwinglich sei es für die wenigsten. Also verwirklichte er in Alterlaa das Konzept des »gestapelten Einfamilienhauses«. Seine Vision? »Wohnen wie Reiche, auch für Arme.«

Elisabeths Lebenserinnerungen sind eng mit dem Gebäude verbunden. Als Michael ein Kind war, planschte er im Sommer morgens noch vor Schulbeginn im Swimmingpool hoch auf dem Dach. Sie erinnert sich an »Flur-Partys«, bei denen die ganze Nachbarschaft die Türen öffnete, Kaffee, Wein und gesellige Gespräche miteinander teilte. In der autofreien Parkanlage konnten die Kinder unbekümmert spielen, ebenso wie in den riesigen Schlecht-Wetter-Spielräumen. Einsam fühlt man sich in Alterlaa nie. Das dürfte auch an den vielen Freizeitclubs liegen, die sich in den 33 Gemeinschaftsräumen gebildet haben. Als der Bau fertiggestellt wurde, gab man den Menschen einfach die Schlüssel zu den Räumen in die Hand – mit der Einladung, sie mit Leben zu füllen. Und das hat funktioniert: Hier kann man Keramik töpfeln, einem Pfadfinderverein beitreten oder Jiu-Jitsu lernen. Die Bewohnerschaft hat sich sogar ihren Traum von einer Kleinkunstbühne erfüllt, wo man einen Kabarett-Abend in Hausschuhen besuchen kann.

OBEN Die geschwungene Architektur der Wohntürme sorgt für optimalen Lichteinfall auf den Terrassen.

UNTEN Elisabeths Sohn Michael wohnt im selben Haus – »mit einem Mindestabstand von acht Stockwerken«, wie er schmunzelnd anmerkt.



Das hier ist nicht nur eine sehr funktionale, sondern auch eine sehr menschliche Architektur. Harry Glücks Vision war es, den Menschen nicht nur günstigen Wohnraum zu bieten, sondern einen Raum für ein gutes Leben – mit Gemeinschaft, Freizeit, Natur und Kultur. In den Häusern findet man wie beiläufig monumentale Kunstwerke, etwa von dem kommunistischen Maler und Bildhauer Alfred Hrdlicka. »Jeder, der hier wohnt, kann sagen, dass er einen echten Hrdlicka zu Hause hat«, sagt Stefan, der sich zu uns gesellt, lachend. Er ist einer der vielen »guten Geister von Alterlaa«, wie Michael die Mitarbeiter der Wohnanlage nennt. Sie kümmern sich darum, dass alles reibungslos funktioniert: die Stromversorgung, die Müllentsorgung, aber auch die Hochgeschwindigkeitsaufzüge, mit denen man in wenigen Sekunden vom Erdgeschoss auf der Dachterrasse ist. Stefan erklärt uns, dass Harry Glück den Gemeinschaftsräumen eine »bandbildende Funktion« zuschrieb. Ein sozialer Wohnbau wie Alterlaa bleibt attraktiv, auch wenn man den gesellschaftlichen Aufstieg geschafft hat – viele wohnen hier ein Leben lang. Anders als in Deutschland ist die soziale Durchmischung ausdrücklich erwünscht. Und damit im nachbarschaftlichen Miteinander die Hierarchien aufbrechen, hat Harry Glück Räume geschaffen, die genau das erreichen. Egal ob Hilfsarbeiter oder Firmenchef: »In der Badehose sind wir alle gleich«, erklärt Stefan.

Alterlaa funktioniert, weil hier alles ineinandergreift: Eine vom Menschen aus gedachte Architektur, ein Bauträger, der gemeinnützig und nicht profitorientiert wirtschaftet, eine Bewohnerschaft, die Raum zur Entfaltung hat, und Beschäftigte, deren Tätigkeit sie mit Stolz erfüllt. Dass länger mal ein Aufzug ausfällt? »Sowas gibt's hier nicht«, sagt Stefan selbstbewusst. Hierzulande ist der soziale Wohnungsbau nicht gerade eine Sehnsuchtsort – man denkt an triste, anonyme

Mit Alterlaa hat sich in Wien eine politische Tradition erneuert, die rund hundert Jahre zurückreicht. Harry Glück selbst verstand Alterlaa »als moderne Fortsetzung der Gemeindebauten der Ersten Republik«, also der Zeit zwischen den Kriegen, die als das »Rote Wien« in die Geschichte einging. Die vielen städtischen Bauten, die damals entstanden, sollten der Wohnungslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg entgegenwirken und den Lebensstandard arbeitender Menschen radikal steigern. Viele, die zuvor in fensterlosen Baracken lebten, konnten nun ihren Feierabend auf dem eigenen Balkon mit Blick ins Grüne genießen.

Die Gemeindebauten dieser Zeit prägen bis heute nicht nur das Stadtbild, sondern auch den Wohnungsmarkt. Anders als hierzulande, wurde die Wohngemeinnützigkeit in Österreich nie abgeschafft: Was einmal gemeinnützig erbaut wurde, bleibt auch in gemeinnütziger Hand. Darin liegt der entscheidende Unterschied: Wien subventioniert Wohnraum, Deutschland subventioniert Mieten. In Wien hat der soziale Wohnungsbau eine echte Alternative zum privaten Markt geschaffen, was die Preise bezahlbar hält und den Wohnstandard anhebt. In Deutschland stabilisiert man die hohen Preise, weil staatliche Gelder wie das Wohngeld nicht in öffentlichen Wohnraum fließen, sondern als Subvention in teure Mieten – wovon vor allem Vermieter profitieren.

Alterlaa zeigt, was möglich wird, wenn wir Wohnraum dem Markt entziehen: bezahlbare Wohnungen statt Teuerungsspirale, Lebensqualität statt Mindeststandards, Gemeinschaft statt Vereinzelung. Dabei wird deutlich: Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Zuhause ist ein sozialer Raum – der Ort, an dem sich das Leben entfaltet. Ob es eigentlich irgendetwas an Alterlaa gibt, was sie wirklich stört, will ich am Ende noch von Elisabeth wissen. Sie überlegt kurz und lacht: »Nur ein Fischladen – der fehlt!«

Text: Astrid Zimmermann | Fotos: Jennifer Marke

Die Linke
Im Bundestag



Die Fraktionsvorsitzenden Heidi Reichinnek (Bild ganz oben) und Sören Pellmann (Bild darunter) kämpfen gemeinsam mit den Abgeordneten Ines Schwerdtner, Jan van Aken (Bild unten links), Ina Latendorf (Bild unten rechts) und der gesamten Linksfraktion für ein bezahlbares Leben und mehr soziale Sicherheit.



Mehr zum Leben

Unser Alltag wird immer teurer. Hohe Preise nehmen uns die Luft zum Atmen, für viele reicht der Lohn kaum mehr zum Leben. Höchste Zeit, dass sich das ändert. So setzt sich Die Linke im Bundestag dafür ein, dass unser Leben bezahlbar wird:

Mieten runter

Die Mieten explodieren, nicht nur in Großstädten. Mit einem bundesweiten Mietendeckel können wir die Mieten für sechs Jahre einfrieren, Neuvermietungen deckeln und überhöhte Mieten absenken. Außerdem wollen wir in den öffentlichen Wohnungsbau investieren – für gemeinnützigen Wohnraum, der dauerhaft günstig bleibt.

Schluss mit teuer

Menschen mit wenig Geld müssen den größten Teil davon für den täglichen Bedarf ausgeben. Statt ihnen zu helfen, wird die Mehrwertsteuer immer weiter erhöht, sie liegt inzwischen bei 19 Prozent. Wir fordern: null Prozent Mehrwertsteuer für Lebensmittel, Hygieneartikel und Mobilität. Das bringt schnelle, spürbare Entlastung.

Energiepreise senken

Immer mehr Haushalte wissen nicht, wie sie die Kosten für Strom und Heizen bezahlen sollen. Deshalb wollen wir für den durchschnittlichen Grundverbrauch niedrige Preise garantieren. Wer mehr verbraucht, zahlt auch mehr. Das sorgt für Entlastung und regt trotzdem zum Energiesparen an.

Abzocker stoppen

Wenn Konzerne willkürlich die Preise anheben, um Profit zu machen, muss der Staat eingreifen. Wir setzen uns für ein »Anti-Abzock-Amt« ein, das die Preise für grundlegende Güter wie Lebensmittel und Energie kontrolliert. So verhindern wir Preisschocks und schaffen mehr Sicherheit im Alltag.

Bus und Bahn bezahlbar machen

Bus und Bahn werden immer teurer. Das Deutschlandticket kostet inzwischen 63 Euro – für viele schlicht unbezahlbar. Wir wollen das 9-Euro-Ticket wieder einführen, und zwar dauerhaft. Für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende sowie Rentnerinnen und Rentner fordern wir ein 0-Euro-Ticket.

Löhne und Renten, die zum Leben reichen

In Betrieben mit Tarifvertrag verdienen Beschäftigte im Schnitt 36 Prozent mehr. Doch von diesen Betrieben gibt es immer weniger. Die Löhne sind seit 2019 im Schnitt kaum gestiegen. Um das zu ändern, wollen wir Tarifverträge für mehr Beschäftigte und mehr Branchen – und einen Mindestlohn von 15 Euro, der automatisch mit der Lohnentwicklung steigt. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll auch im Alter gut leben: Wir wollen das Rentenniveau auf 53 Prozent des Durchschnittseinkommens anheben und eine Mindestrente von 1 400 Euro einführen. ●

Sudoku Pause machen mit Zahlenrätsel

		9	2					
7	1			3		4		
8	4	3		7	9	2		
9					7	6		
	5	1	8		6			2
	3			4	2	8		
			7			5	6	
3		6			1		2	7
			9			3		